

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionschef  
Tageblatt Riesa,  
Bismarckstr. 20,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Weißen befähigter bestimmter Blatt.

Postkonton:  
Tresden 1580  
Strotzler:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 33.

Montag, 9. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustelgebühren. Für den Fall des Winkens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; bis 25 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Bei Abgabe Rabatt erhält, wenn der Betrag vorläufig durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Alarmbereitschaft.

Die Ruhe der ersten Tage hat im Reichstage nicht lange angehalten. Immer deutlicher wurde es, daß eine Wadtröbe gemacht werden sollte. Zum ersten Male erhielt man am Freitag diesen Eindruck. Es haben sich zwei Fronten gebildet. Die Regierungsfrente durch ihre Zustimmung zur Veränderung der Reichstags-Geschäftsordnung. Hierfür vermuteten die Sozialdemokraten, daß die lose Mehrheit schließlich überannt werden sollte und geben die Parole aus, kein Abgeordneter dürfe fehlen. Und als es am Freitag nachmittag zu den lebhaften Auseinandersetzungen kam, haben auch die anderen Parteien der Abwehr ein, daß es richtig sei, auf der Hut zu bleiben. Dennoch fehlten an Sonnabend vormittag 50 Abgeordnete, als es zur Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen die Regierung kam. 72 Stimmen Mehrheit lehnten die Opposition ab. Jedenfalls kann die Regierung nicht dieser Mehrheit zufrieden sein, zufrieden auch deshalb, weil sie wohl damit rechnen darf, daß fortan stets viele Mehrheit arbeiten und die Opposition bekämpfen werde.

Alarmbereitschaft war nun gewiß für die erste Entscheidung erforderlich, und dennoch muß es überraschen, daß man vielmehr alle Stimmen für die Beratung der Geschäftsordnung suchte, und sich um das Vertrauen für die Regierung weniger bangte. Daß das Mißtrauensvotum abgelehnt werden würde, schien demnach sicher zu sein. Aber gerade ein Mißtrauen für die Regierung hätte die Krise wecken müssen. Weniger Bedeutung für unsere Politik hat es ja, ob die Geschäftsordnung geändert wird oder nicht. Blicke sie, wie sie ist, so wäre die Staatsverträge erzwungen, aber die Ablehnung der Veränderung könnte keine weiteren Folgen haben. An dem Gang dieser Abstimmung war die Regierung weniger interessiert. Mehr hingegen hatten die Parteien sich darauf verstreut, durch straffere Geschäftsordnungsmaßnahmen härtere Disziplin und ruhige Arbeit zu gewährleisten. Wenn sie also zu diesen Verhandlungen alarmierten, so ging es um das eigene Prestige.

Die Kräfte haben sich in beispielloser Schärfe gemessen. Arbeitsstoff gegen Opposition! Dabei sind aber die Oppositionsparteien ebenfalls verschwägert und zu einander gebunden, wie die Sozialparteien. Es wäre völlig verkehrt, irgendwelche Annahmen auf der einen Seite oder auf der anderen zu vermuten. Man fand sich auf beiden Seiten, weil die gleichen Interessen verfolgt wurden. Und doch sind diese Interessen wieder begrenzt, so weit es sich um die kommende Arbeit handelt. Die Kommunisten, die mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten in einer Front liegen, denken nicht daran, bei der Staatsberatung immer ins Horn der beiden Rechtsparteien zu blasen. Und Landvolk und Sozialdemokraten sehen sich in diesen Fragen des Staats wie Rabe und Hund gegenüber. Man sah, und das ist die einzige erfreuliche Erscheinung, die man seit langer Zeit aus dem Reichstage haben konnte, diesmal wirklich nur eine Frage, schaltete das Kommando, das Trennende aus. Man dachte daran, die kommende Arbeit zu erleichtern und dem Reichstag Ruhe und wenn man so sagen darf, Sitze zu verschaffen.

Alarmbereitschaft! Man denkt unwillkürlich an einen Volksalarm, man stellt sich vor, daß Trompeten bliesen und bewaffnete Kolonnen auf den Befehl warten. Im Reichstage sieht so ein Alarm anders aus. Die Fraktionsbüros haben viel zu tun. Telegramme an fehlende Abgeordnete gehen ins Land, Telefongespräche laufen in großer Zahl, Botsen werden ausgesandt. Fraktionsbetriebe zum Erscheinen beweist, daß man mit jeder Stimme rechnet. Und einem solchen Betrieb entsieht sich nur der Abgeordnete, der kein Mitglied rühren kann. Schon in der Abgeordneten-Vorbereitung erkennt man, wie ein solcher Betrieb wirkt. Kein Platz ist offen. Man kann an Warnungen jeden Abgeordneten im Reichstage erreichen, und die zu Abgeordneten gewählten Minister sind wieder Abgeordnete geworden.

Im Plenum selbst treibt es nicht immer so aus, als ob das Haus gut besetzt wäre. Für die kritische Stunde sind bereitgehalten, ist den Abgeordneten alles. Und wenn es kommt, schrillen und klingeln die Glocken, wirkliche Alarmglocken, die durch Mark und Bein gehen und in die entfernteste Ecke des großen Hauses tönen. Sie rufen aus den Einzelzimmern, aus dem Bade, aus dem Restaurant, aus den Fraktionszimmern, aus dem Besessal, aus den Wandelhallen. Und dennoch eilen Botsen, um den zu holen, der noch säumt, wenn die Abstimmung kommt, wenn festgestellt werden soll, ob das Haus beschlußfähig ist.

Wenn es heißt, bereit sein, kriechst und wibbelt es in allen Ecken und Gängen, dann zeigt der Reichstag das große Bild vieler unruhigen, gespannter Menschen. Und dann kann man beobachten, wie Abgeordnete mit dem Herzen dabei ist und wer die logenartige parlamentarische Routine zur Schau tragen will, wer bläst und wer nervös ist. In solchen Stunden schweigen sich die Herren zumeist aus und erst wenn die Entscheidung kommt, werden sie gesprochen. Selten messen sich die Kräfte in der Weise, wie das bei der Beratung der Geschäftsordnung geschah. Hier hieß es, sich im späteren Ruhe sichern und durch geschlossene Haltung den Beweis erbringen, daß trotz aller Zerplitterung in Deutschland noch geordnete Parlamentsarbeit möglich ist. Hier hieß es auf der anderen Seite, jede Taktik auszunutzen, um trotz sichtbar Unterlegenheit dennoch einen Erfolg zu erreichen. Und es

## Ueberwindung der Vertrauenskrise?

Stellungsumkehrung in der Beurteilung der Lage. — Verlängerung der kurzfristigen Kredite.

Berlin. (Eigene Meldung.) In politischen Kreisen bestritt man lebhaft den bemerkenswerten Stimmungsumschwung, der in den Äußerungen der Sonntagspresse bei der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck kommt. Der allgemeine Optimismus hat darin vielfach einer weit optimistischeren Auffassung Platz gemacht. Kein äußerlich gesehen, geht dieser Wechsel politisch auf die starke Mehrheit zurück, die sich im Reichstag hinter die Regierung Dräxler gestellt hat, wirtschaftlich auf die Belebung der Börse.

Dahinter aber steht noch ein anderes außerordentlich wichtiges Ereignis, das es nämlich in den letzten Tagen gelungen ist, die kurzfristigen Auslandskredite, die nur bis zum 15. Februar verlängert worden waren, für weitere drei Monate zu sichern. Wie in unrichtigen Kreisen verlautet, handelt es sich dabei um für die deutsche Wirtschaft recht erhebliche Beträge.

Diese Verlängerung steht wieder im Zusammenhang mit der parlamentarischen Entwicklung der letzten Woche, die das Vertrauen des Auslandes in die deutschen Verhältnisse erheblich gestärkt hat. Auch am Sonnabend hat ein bedeutender schwedischer Industrieller und Finanzmann in Berlin erklärt, daß das freiburgende Ausland den größten Wert auf eine weitere geordnete parlamentarische Entwicklung lege, da es fürchte, im Falle einer Diktatorischen Verläufe zu erleiden.

An maßgebenden deutschen Stellen begrüßt man den sich anbahnenden Stimmungswandel, dessen Bedeutung sich schon daraus ergebe, daß der Kanzler immer wieder unterstrichen hat, welchen außerordentlichen Wert die Wiederherstellung des Vertrauens für die Gesundung hat. Man warnt aber gleichzeitig vor einem toten Optimismus, der die Gefahr von Rückschlägen in sich bergen würde. Nach Ansicht führender Kreise kann die Besserung sich nur allmählich voll-

ziehen und sie schließt vor allem die Notwendigkeit ein, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems gefunden wird. In diesem Zusammenhang verläutet übrigens, daß ähnlich wie bei der A.G., auch in anderen Betrieben die fünfjährige Arbeitswoche eingeführt werden soll, durch die weitere Entlassungen vermieden und in absehbarer Zeit die Einstellung weiterer Arbeitskräfte ermöglicht werden dürfte. Auch für die Reichsbetriebe ist an ähnliche Maßnahmen gedacht.

Der Reichsarbeitsminister rechnet damit, daß ihm bereits in wenigen Wochen Vorschläge unterbreitet werden, die die Grundlage für die Eingliederung weiterer Kräfte in den Arbeitsprozess bilden wollen. Ueber dieses Problem haben in der letzten Zeit auch eine Reihe ernsthafter Besprechungen zwischen dem Kanzler, dem Reichsarbeitsminister und führenden Männern der deutschen Wirtschaft stattgefunden, woraus sich ebenfalls schließen läßt, daß in der nächsten Zeit alle Anstrengungen unternommen werden sollen, um die Besserung auch auf diesem Gebiete vorwärts zu treiben.

## Die heutige Reichstagsitzung aufgelassen.

Berlin. (Funkdruck.) Die heutige Reichstagsitzung wurde bereits um 12.30 Uhr geschlossen, da auf Antrag der Nationalsozialisten sich die Beschlußfähigkeit herausstellte. Bei der Anzahlung waren die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, Kommunisten und einige Abgeordnete des Landvolks im Sitzungssaal nicht anwesend.

Präsident Lohde berief eine neue Sitzung für 4 Uhr mit der gleichen Tagesordnung ein.

## Das Volksbegehren des Stahlhelm

Severing lehnt die Einleitung des Volksbegehrens zurzeit ab.

Berlin. Die der Amtliche Preussische Pressebericht mittelst, daß der preussische Minister des Innern Severing an den Stahlhelm ein Schreiben gerichtet, in dem es zunächst heißt:

Dem Antrage des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V. die Aktienauslegung für ein Volksbegehren zuzulassen, das auf Auflösung des preussischen Landtages gerichtet ist, vermag ich zur Zeit nicht zu entsprechen. Der Antrag trägt nicht die Unterschrift von 20 000 Stimmberechtigten. Infolgedessen müßte der Vorstand der antragstellenden Vereinigung nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden vom 8. Januar 1926 glaubhaft machen, daß 100 000 der stimmberechtigten Mitglieder des Stahlhelm den Antrag unterstützen.

Das Schreiben des Ministers nimmt dann Bezug auf die Bestimmung der Landesabstimmungsordnung vom 28. Januar, wonach es zur Glaubhaftmachung der Unterzeichnung des Antrages durch die Mitglieder eines Vereins genügt, wenn aus der Satzung oder aus der bekanntgewordenen Betätigung des Vereins die Zustimmung seiner Mitglieder zu dem vom Antrage verfolgten Ziele erkennbar ist. Dazu führt der Minister u. a. aus:

Auf seine Satzung kann sich der Stahlhelm nicht berufen. Sie läßt nach seiner Richtung erkennen, daß der Stahlhelm die Auflösung des preussischen Landtages zu seinem Ziele gemacht hat. Auch aus der Betätigung des Stahlhelm kann eine Zustimmung von 100 000 stimmberechtigten Mitgliedern zu dem mit dem Antrage verfolgten Ziele der Auflösung des preussischen Landtages nicht herbeigeführt werden. Die Betätigung des Stahlhelm bewegt sich tatsächlich wie satzungsgemäß in anderer Richtung.

Weiter heißt es in diesem Schreiben Severings, auch die auf dem Koblenzer Frontsoldatenrat zum Ausdruck gebrachte Zustimmung zu dem Volksbegehren genüge nicht; es werde ja auch bestritten, daß dort über 100 000 Mitglieder anwesend gewesen seien. Zum Schluß wird dann gesagt: Aus diesen Erwägungen kann ich die nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Januar 1926 vorgeschriebene Glaubhaftmachung bisher nicht als erfolgt ansehen. Gemäß § 5 der Landesabstimmungsordnung vom 28. Januar 1926 lege ich hiernach zur Verbringung einer weiteren und ausreichenden Glaubhaftmachung eine Frist von zwei Monaten mit der in

der Landesabstimmungsordnung vorgeschriebenen Androhung, daß nach deren erfolglosem Ablauf die Ablehnung des Antrages erfolgen wird. Falls der Stahlhelm nicht in der Lage ist, eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Glaubhaftmachung für den Antrag seines Vorstandes beizubringen, muß es ihm überlassen bleiben, einen neuen von 20 000 Stimmberechtigten unterschriebenen Antrag in der in der Landesabstimmungsordnung vorgesehenen Form vorzulegen.

## Der Stahlhelm antwortet.

Berlin. Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit: Das Volksbegehren marschiert! Die Erklärung des Herrn Severing, weshalb er auch heute noch nicht glauben möchte, daß 100 000 stimmberechtigte Stahlhelmer das Volksbegehren auf Landtagsauflösung unterstützen, kann rasch erledigt werden. Der Stahlhelm hat entsprechend der bisherigen Amtsführung der S.P.D. in Preußen natürlich von vornherein damit gerechnet, daß die derzeitige Regierung in Preußen aller demokratischen Auffassung zum Trost den Volkswillen durchaus mißachtet. Das ist nunmehr erneut bewiesen. Wir danken Herrn Severing für diese von ihm offenbar nicht bedachte erste Unterstützung unserer Propaganda im Volke.

Die Abhilfe ist einfach. Der Stahlhelm hat bereits bei Anmeldung des Volksbegehrens befohlen, daß in den beiden Landesverbänden Berlin und Brandenburg die nur 20 000 Unterschriften gesammelt werden, die auch einer ungläubigen Regierung gegenüber siegmäßig in jedem Falle genügen.

Die dafür nach Vorschrift gedruckten Listen werden vom Sonntag an bereits bei den Ortsgruppen ausgefüllt. Nicht erst in zwei Monaten, sondern in wenigen Tagen wird auch dieser formelle Vorwand des Herrn Severing hinfällig sein. Eine Verzögerung im Arbeitsplan entsteht dadurch nicht, weil mit der Abgabe des Ministers Severing zur Verlesung des Volkswillens nach seinen eigenen vorherigen Andeutungen bereits gerechnet war.

gibt im Parlament lobliche taktische Schwäche, daß ein genialer Kopf die größte Verwirrung anrichten kann. Nicht verflüchten lassen, ist alles, auf der Hut sein, die Parole. Solche Stimmung muß den Zuschauer ansetzen und ihn hiefern lassen, solche Stimmung ist Ausdruck eines großen Tages, und wenn es tatsächlich auch nicht um Großes geht.

Die Alarmbereitschaft ist, wie man heute weiß, nicht nutzlos gewesen. Sie wird im Inlande den Eindruck nicht verhehlen und im Auslande werden bereits Stim-

men laut, die anerkennen, daß man den deutschen Reichstag doch unterschätzt habe. Er gebe, schreiben heute schon Pariser Zeitungen — und auf die sieht man ja an solchen Tagen am meisten — den Beweis, daß man zu Deutschland und der stabilen Parliamentslage Vertrauen haben müsse. Einmal dieses Vertrauen für die Regierung, sobald die starke und geschlossene Abwehr jeder Krise! Auch der Kanzler kann zufrieden sein. Was er fordert: Schaffen Sie die Gewißheit, daß das Ausland an uns glaubt, ist an den zwei letzten Tagen in Erfüllung gegangen.